

Keine Verbesserung bei Klima, Wohnen und Armut

Wir lehnen den Haushalt ab, obwohl es kein Sparhaushalt ist und knapp 1000 Stellen beschlossen wurden. Müssten wir lediglich Fehler der Vergangenheit korrigieren, könnte man mit diesem Haushalt leben. Doch die Verwaltung eines Status quo reicht nicht aus: Die dramatischen Folgen des Klimawandels, der Mangel und die Vernichtung von bezahlbarem Wohnraum, überbordender Autoverkehr und steigende Armut erfordern ein konsequentes Umsteuern. Der dafür notwendige politische Gestaltungswille ist nicht erkennbar, denn der Haushalt zeigt keine Vision auf, er stellt keine Weichen zum Umdenken. Er ist kein Abschied von der Wachstumsideologie des „höher, schneller, mehr...“, die unsere Lebensgrundlagen zerstört.

Dem Haushalt fehlen Weichenstellungen, das Pariser 1,5-Grad-Ziel einzuhalten. Mit den Beschlüssen ist keine Verkehrswende in zehn Jahren umzusetzen. Nicht mal unser Antrag, die Kosten für Anwohnerparken - insbesondere für SUVs – zu erhöhen, fand Zustimmung.

Gut, dass 50 Millionen Euro jährlich für die energetische Gebäudesanierung städtischer Liegenschaften beschlossen wurden. Aber wenn dafür kein Personal zur Umsetzung beschlossen wird, verkommt diese Entscheidung zu Symbolpolitik. Die Begründung der Verwaltung, man fände nicht genügend Personal dafür und hätte auch gar keinen Platz, macht weitere Problemfelder deutlich: Fachkräftemangel und Raumnot in den Ämtern.

Auch von einem – von uns bereits vor drei Jahren geforderten – strategischen Liegenschaftsmanagement ist die Stadt meilenweit entfernt. Im Gegenteil: es werden Gebäude über Jahrzehnte nicht saniert und der Verkauf städtischer Immobilien geht ungebremst weiter. Folge: Die Stadt muss Immobilien anmieten und diese oft noch auf eigene Kosten sanieren. Nachhaltig geht anders!

Auch um bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und neuen zu schaffen, dürfen städtische Immobilien nicht verkauft werden. Stattdessen fordern wir, mit einem kommunalen Boden- und Wohnungsfonds in Höhe von 100 Millionen jährlich, um städtische Personal- und Sozialwohnungen anbieten zu können. Auch unsere Forderung, Sozialwohnungen statt Eigenheime finanziell zu unterstützen, fand keine Zustimmung.

Dieser Haushalt trägt nicht dazu bei, dass Armut und insbesondere Kinderarmut in Stuttgart abnimmt, obwohl in dieser reichen Stadt inzwischen mehr als jedes 5. Kind in Armut leben muss! Entlastungen wären zum Beispiel ein kostenloser ÖPNV für Kinder und eine deutliche Senkung der Kita Gebühren in Kitas von freien Trägern, wie sie von uns gefordert wurden.